



Vermarktung von Pflanzenschutzmitteln in Österreich

Übersicht zu rechtlichen Grundlagen

Dieser Folder gibt Ihnen einen Überblick über das geltende Pflanzenschutzmittelrecht und dessen Regelungsinstrumente. Insbesondere soll in groben Zügen die Bedeutung einzelner Regelungen umrissen und Auswirkungen auf Ihr Unternehmen erläutert werden. Gezeigt wird auch, wie das Pflanzenschutzmittelrecht mit anderen Rechtsmaterien – wie z.B. der REACH-Verordnung oder dem österreichischen Recht – vernetzt ist und welche Konsequenzen sich daraus für Sie im betrieblichen Alltag ergeben können.

Der vorliegende Folder soll als Hilfestellung zum praktischen Handeln dienen und Ihnen eine Übersicht über Relevantes ermöglichen. Er ist aber keine rechtsverbindliche Interpretation der unternehmensspezifischen Verpflichtungen, die sich aus dem Chemikalienrecht ergeben. Diese können nur auf Basis der einschlägigen Rechtsvorschriften von Fall zu Fall bewertet werden.

REGELMÄSSIGE INFORMATIONEN ZUM CHEMIKALIEN- UND UMWELTRECHT



REACH und CLP – Newsletter

- Der WKÖ-Newsletter für REACH/CLP ca. 12-mal p.a.
- Kurze Schlagzeilen und Neuigkeiten mit weiterführenden Informationen.
- Registrierung: dalibor.krstic@wko.at

Umweltschutz der Wirtschaft

- Die WKÖ-Publikation für ExpertInnen 5-mal p.a.
- Umwelt- und Energiepolitik Österreich/EU, Rechtsinfos, Gesetzesänderungen, Positionen, Studien und Reports „für Sie gelesen“, Judikatur, Umweltrechts-Praxisbeispiele, tabellarisches Rechts-Monitoring, „gelbe“ EU-Seiten etc.
- Bestellung: <http://webshop.wko.at>, mSERVICE@wko.at



Die Europäische Union hat für den Handel und die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln eine Reihe von Rechtsvorschriften, das sogenannte „Pflanzenschutzmittelpaket“^{1,2}, erlassen. Besonders die Verwender und Vertreiber von Pflanzenschutzmitteln erhielten so wesentliche neue Verpflichtungen.

In Österreich sind auch die ergänzenden Vorschriften gemäß Pflanzenschutzmittelgesetz 2011³ (PMG 2011) sowie die Pflanzenschutzmittelverordnung 2011⁴, welche Detailvorschriften zum PMG 2011 enthält, relevant.

WAS SIND PFLANZENSCHUTZMITTEL?

Pflanzenschutzmittel sind Zubereitungen (Gemische) in der dem Verwender gelieferten Form, die aus Wirkstoffen, Safenern⁵ oder Synergisten⁶ bestehen oder diese enthalten und die dazu bestimmt sind:

- Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse vor Schadorganismen zu schützen oder ihrer Einwirkung vorzubeugen,
- in einer anderen Weise als Nährstoffe die Lebensvorgänge von Pflanzen zu beeinflussen (z.B. Wachstumsregler),
- Pflanzenerzeugnisse zu konservieren,
- Unerwünschte Pflanzen oder Pflanzenteile zu vernichten oder
- ein unerwünschtes Wachstum von Pflanzen zu hemmen oder einem solchen Wachstum vorzubeugen.

WAS BEDEUTET INVERKEHRBRINGEN?

Unter „Inverkehrbringen“ versteht man das Bereithalten zum Zwecke des Verkaufs innerhalb der Europäischen Union. Dazu gehört auch das Anbieten zum Verkauf oder jede anderen Form der Weitergabe, unabhängig davon, ob entgeltlich oder unentgeltlich, sowie Verkauf, Vertrieb oder andere Formen der Weitergabe selbst. Die Rückgabe an den früheren Verkäufer ist kein Inverkehrbringen. Die Einfuhr (ausgenommen Zollfreilager) in die Gemeinschaft ist als Inverkehrbringen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1107/2009² zu verstehen.

Bevor Pflanzenschutzmittel in Verkehr gesetzt oder angewendet werden dürfen, unterliegen sie einem sehr strengen, an wissenschaftlichen Kriterien orientierten Bewertungs- und Zulassungsverfahren. Pflanzenschutzmittel gehören daher heute zu den am besten untersuchten chemischen Substanzen.

1 Richtlinie 128/2009/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden

2 VERORDNUNG (EG) Nr. 1107/2009 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates, idgF

3 Bundesgesetz über den Verkehr mit Pflanzenschutzmitteln und über Grundsätze für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittelgesetz 2011), BGBl. I Nr. 10/2011 vom 25.2.2011, idgF

4 Pflanzenschutzmittelverordnung 2011, BGBl. II Nr. 233/2011 vom 25.7.2011, idgF

5 „Safener“ sind Stoffe oder Zubereitungen, die einem Pflanzenschutzmittel beigefügt werden, um die phytotoxische Wirkung des Pflanzenschutzmittels auf bestimmte Pflanzen zu unterdrücken oder zu verringern.

6 „Synergisten“ sind Stoffe oder Zubereitungen, die selbst keine oder nur eine schwache Wirkung aufweisen, aber die Wirkung des Wirkstoffs/der Wirkstoffe in einem Pflanzenschutzmittel verstärken.

WELCHE BESTIMMUNGEN SIND FÜR DEN VERKAUF VON PFLANZENSCHUTZMITTELN ZU BEACHTEN?

MELDUNG IN DAS BETRIEBSREGISTER

Jeder, der eine Geschäftstätigkeit⁷ in Verbindung mit dem Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln beabsichtigt, wie z.B. Verkauf, Abgabe, Lagerung oder Vorrätig halten, auf sonstige Weise in Verkehr bringen oder bewerben, muss dies vor Aufnahme der Tätigkeit dem Bundesamt für Ernährungssicherheit unter Bekanntgabe seines Sitzes oder seiner Niederlassung schriftlich mitteilen. Mit der Meldung sind alle Lager- und Abgabestellen bekannt zu geben. Änderungen der Daten sind unverzüglich schriftlich zu melden⁸.

ABGABE, ERWERB UND LAGERUNG VON PFLANZENSCHUTZMITTELN

- Nur zugelassene Pflanzenschutzmittel dürfen in Verkehr gebracht werden. Das österreichische Pflanzenschutzmittel-Register ist auf der Homepage des Bundesamtes für Ernährungssicherheit veröffentlicht (Verzeichnis der in Österreich zugelassenen/genehmigten Pflanzenschutzmittel)⁹.
- Es ist verboten, Pflanzenschutzmittel im Lebensmitteleinzelhandel (Betriebe, die ausschließlich oder überwiegend Lebensmittel in Verkehr bringen) oder in Form der Selbstbedienung in Verkehr zu bringen¹⁰.
- Vertreiber, die Pflanzenschutzmittel für den Haus- und Kleingartenbereich verkaufen, haben den Kunden Informationen über die Risiken der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln für die menschliche Gesundheit und die Umwelt, insbesondere über die Gefahren, die Exposition, die sachgemäße Lagerung, Handhabung, Anwendung und sichere Entsorgung sowie Alternativen mit geringem Risiko, zur Verfügung zu stellen.
- Die Geschäfts- und Betriebsinhaber haben in allen maßgeblichen Unterlagen, insbesondere Rechnungen, Lieferscheinen, Geschäftsaufzeichnungen, Anbots- und Bestelllisten, die Pflanzenschutzmittel mit der zugelassenen Handelsbezeichnung und der Pflanzenschutzmittelregister-Nummer anzuführen. Sehr kleine Vertreiber, bei denen es aus technischen Gründen nicht möglich ist, alle angeführten Angaben am Kassenbeleg anzugeben, haben durch innerbetriebliche Aufzeichnung sicherzustellen, dass die verwendeten Bezeichnungen eine Zuordnung zum zugelassenen Pflanzenschutzmittel eindeutig ermöglichen.
- Pflanzenschutzmittel dürfen zum Zwecke des Verkaufs oder der sonstigen Abgabe an andere nicht unmittelbar neben Lebens- und Futtermitteln gelagert, vorrätig gehalten oder zum Verkauf angeboten werden.

⁷ PMG 2011 – § 3 Abs. 1

⁸ Webformular Betriebsregister: <https://www.baes.gv.at/pflanzenschutzmittel/betriebsregistrierung-pflanzenschutzmittel/betriebsregister-pflanzenschutzmittel/#c5210>

⁹ Pflanzenschutzmittel-Register: [http://pmg.ages.at/pls/psmlfrz/pmgweb2\\$.Startup](http://pmg.ages.at/pls/psmlfrz/pmgweb2$.Startup)

¹⁰ Pflanzenschutzmittelverordnung 2011, § 1 Abs.8 (Änderung BGBl. II Nr. 198/2013 vom 4.7.2013)



WICHTIGE BESTIMMUNGEN, DIE ZUSÄTZLICH AB 26. NOVEMBER 2015 ZU BEACHTEN SIND:

- Pflanzenschutzmittel, die für die berufliche Verwendung zugelassen sind, dürfen nur an Personen verkauft werden, die selbst im Besitz eines Sachkundenachweises¹¹ sind oder die nachweislich die Verwendung einschließlich der Lagerung von Pflanzenschutzmitteln an Personen, die im Besitz des Sachkundenachweises sind, übertragen haben.
- Beim Verkauf von Pflanzenschutzmitteln muss ausreichend geschultes Personal¹² zur Verfügung stehen, um Kunden geeignete Hinweise für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, Informationen über die Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sowie Sicherheitshinweise für das Risikomanagement zu den betreffenden Produkten zu geben.
 - Ausnahme: Drogerien und sehr kleine Vertreiber im Einzelhandel, die ausschließlich Pflanzenschutzmittel an nicht berufliche Verwender verkaufen (Verkauf von weniger als 200 kg Pflanzenschutzmittel/Jahr)
- Pflanzenschutzmittel für den Haus- und Kleingartenbereich müssen für die Anwendung durch den nicht beruflichen Verwender zugelassen und speziell für die Verwendung im „Haus- und Kleingartenbereich“ gekennzeichnet sein.
- Eine Tätigkeit als Berater im Rahmen des Vertriebs von Pflanzenschutzmitteln für die berufliche Verwendung dürfen nur geschulte Personen, die im Besitz einer entsprechenden Bescheinigung sind, ausüben.

WERBUNG

- Für Pflanzenschutzmittel darf in schriftlichen Werbematerialien nur in Verbindung mit der zugelassenen Handelsbezeichnung und der Pflanzenschutzmittel-Register-Nummer geworben werden.
- Für nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel darf nicht geworben werden.
- Bei jeglicher Werbung für ein Pflanzenschutzmittel muss folgender Hinweis gemacht werden: **„Pflanzenschutzmittel (oder die genauere Bezeichnung des Produkttyps, z.B. Fungizid, Herbizid, Insektizid) vorsichtig verwenden. Vor Verwendung stets Etikett und Produktinformation lesen.“** Diese Sätze müssen leicht lesbar und von der eigentlichen Werbebotschaft deutlich unterscheidbar sind.

¹¹ Bescheinigung nach Art.5 der Richtlinie 2009/128/EG

¹² Bescheinigung nach Art.5 der Richtlinie 2009/128/EG bzw. Pflanzenschutzmittel-Verordnung 2011, § 3 Abs. 1

- Es dürfen keine Informationen in Form von Text oder Grafiken enthalten sein, die irreführend sein könnten, insbesondere Angaben wie z.B.
 - „risikoarm“
 - „ungiftig“
 - „harmlos“
- Alle in der Werbung verwendeten Aussagen müssen technisch zu rechtfertigen sein.
- Werbung darf keine visuellen Darstellungen potenziell gefährlicher Praktiken enthalten, z.B. Mischen oder Verwendung ohne ausreichende Schutzkleidung, Verwendung in der Nähe von Lebensmitteln oder Verwendung durch oder in der Nähe von Kindern.

AUS- UND WEITERBILDUNG VON VERKÄUFERN UND BERATERN SOWIE BERUFLICHEN ANWENDERN

- Für berufliche Verwender, Berater und Vertreter von Pflanzenschutzmitteln ist die Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung im Pflanzenschutzmittelrecht festgelegt¹³. Entsprechende Kurse zur Aus- und Weiterbildung von Verkäufern und Beratern im Vertrieb werden vom Bundesamt für Ernährungssicherheit sowie der Wirtschaftskammer Österreich angeboten.
- Informationen zur Erlangung des Sachkundenachweises für berufliche Verwender sind bei den Wirtschafts- bzw. Landwirtschaftskammern der einzelnen Bundesländer zu erhalten.

VERWENDUNG VON PFLANZENSCHUTZMITTELN

Bestimmungen über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln werden auf Länderebene durch die einzelnen Landesgesetze geregelt.

Grundsätzlich dürfen Pflanzenschutzmittel nur entsprechend der zugelassenen Anwendungsbestimmungen angewendet werden, Hinweise zu Vorsichtsmaßnahmen und detaillierte Gebrauchsanweisung sind zu beachten! In Haus- und Kleingärten dürfen nur Pflanzenschutzmittel angewendet werden, die auch für die Anwendung in diesem Bereich zugelassen sind, auch wenn die Anwendung durch sachkundige berufliche Verwender erfolgt.

Berufliche Verwender müssen sachkundig sein. Die von beruflichen Verwendern ausgeführten Tätigkeiten dürfen nicht die menschliche Gesundheit und Umwelt gefährden. Das betrifft insbesondere auch

- die Lagerung, Handhabung, Verdünnung und Mischung von Pflanzenschutzmitteln vor ihrer Anwendung;
- die Handhabung von Verpackungen und Restmengen von Pflanzenschutzmitteln und
- die Reinigung der Geräte nach der Anwendung.

Bei der Anwendung sind die allgemeinen Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes zu berücksichtigen. Der Sachkundenachweis ist ein Befähigungsnachweis, mit dem grundlegende Kenntnisse über die sachgerechte Anwendung von Pflanzenschutzmitteln belegt werden.

¹³ Pflanzenschutzmittelverordnung 2011, § 1

GENEHMIGUNG EINES WIRKSTOFFES UND ZULASSUNG EINES PFLANZENSCHUTZMITTELS

Die Sicherheit für Mensch und Umwelt ist ein zentrales Thema bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Nur Mittel, die diese Kriterien erfüllen, können eine Zulassung erhalten. Das heißt, von Pflanzenschutzmitteln dürfen keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier, das Grundwasser sowie keine unvermeidbaren Auswirkungen auf den Naturhaushalt ausgehen.

Die Zulassung eines Pflanzenschutzmittels ist ein zweistufiges Verfahren:

1. Genehmigung des Wirkstoffes
2. Zulassung des Pflanzenschutzmittels

Im Rahmen der ersten Stufe werden Wirkstoffe auf EU-Ebene genehmigt. Für die Genehmigung eines Wirkstoffes muss ein Dossier mit umfangreichen Daten erstellt werden. Dieses wird vom Antragsteller bei der zuständigen Behörde, dem s.g. berichterstattenden Mitgliedstaat, zur Prüfung eingereicht. Wird nach eingehender Prüfung die Bewertung positiv abgeschlossen und schlussendlich im Rahmen einer Abstimmung aller Mitgliedstaaten im zuständigen Ständigen Ausschuss der Europäischen Kommission genehmigt, erfolgt die Aufnahme in die Liste zugelassener Wirkstoffe.

Im Rahmen der zweiten Stufe erfolgt die Zulassung der Pflanzenschutzmittel, diese benötigen – in der Form wie sie auf den Markt gebracht werden – eine nationale Zulassung. Der Antragsteller stellt beim Bundesamt für Ernährungssicherheit einen Antrag auf Genehmigung des Pflanzenschutzmittels, die Bewertung und Prüfung von Pflanzenschutzmitteln erfolgt durch die Experten der AGES¹⁴. Der Antrag auf Genehmigung des Pflanzenschutzmittels enthält umfangreiche Daten zur Bewertung der möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder auf die Umwelt.

ZULASSUNGSVERFAHREN FÜR PFLANZENSCHUTZMITTEL

Die Bewertung und Prüfung von Pflanzenschutzmitteln erfolgt auf nationaler Ebene.

ZONALE ZULASSUNG

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 wurde das zonale Zulassungsverfahren eingeführt. Dazu wurde das Gebiet der Europäischen Union in 3 Zonen (Zone A Norden, Zone B Mitte und Zone C Süden) eingeteilt. Österreich liegt gemeinsam mit Belgien, Deutschland, Irland, Luxemburg, Niederlande, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und dem Vereinigte Königreich in der mittleren Zone B. Das zonale Zulassungsverfahren soll zu einer besseren Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln und zum Bürokratieabbau durch eine bessere Nutzung der vorhandenen Kapazitäten der Bewertungs- bzw. Zulassungsbehörden beitragen.

Antragsteller können einen Zulassungsantrag für mehrere Mitgliedstaaten einer Zone gleichzeitig stellen. Einer der Mitgliedstaaten der Zone nimmt die Bewertung vor, die anderen Mitgliedstaaten erteilen aufgrund dieser Bewertung die Zulassung in ihrem Mitgliedstaat in einem vereinfachten Verfahren.

¹⁴ Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH

Auch wenn das zur Zulassung beantragte Pflanzenschutzmittel nur in einem Mitgliedstaat, z.B. Österreich, in Verkehr gesetzt werden soll, erfolgt die Bewertung der Zulassungsvoraussetzung durch die Behörde als Basis für eine zonale Zulassung.

GEGENSEITIGE ANERKENNUNG VON ZULASSUNGEN

Der Inhaber einer gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1107/2009 erteilten Zulassung kann in einem anderen Mitgliedstaat, in dem das betreffende Produkt noch nicht zugelassen ist, einen Antrag auf gegenseitige Anerkennung stellen.

Ein Antrag auf gegenseitige Anerkennung einer Zulassung kann auch für Zulassungen gestellt werden, die von Mitgliedstaaten erteilt wurden, die nicht zur gleichen Zone gehören.

PARALLELHANDEL

Der Parallelhandel wurde aufgrund politischer Überlegungen mit Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1107/2009 geregelt und soll den gemeinsamen Markt fördern und Möglichkeiten eröffnen, Pflanzenschutzmittel auch aus anderen Mitgliedstaaten einzuführen. Es gibt klare Regeln für den Parallelhandel mit identen Pflanzenschutzmitteln.

Ein Pflanzenschutzmittel, das in einem Mitgliedstaat bereits zugelassen ist, kann in einem anderen Mitgliedstaat in Verkehr gebracht werden:

- wenn eine **Genehmigung** für den Parallelhandel erteilt wurde und
- das Pflanzenschutzmittel in seiner Zusammensetzung mit einem Pflanzenschutzmittel, das in seinem Gebiet bereits zugelassen ist (Referenzmittel), **identisch** ist.

Identisch ist ein Produkt unter den Voraussetzungen, dass:

- die Herstelleridentität den rechtlichen Anforderungen entspricht¹⁵,
- es in Spezifikation und Gehalt an Wirkstoffen, Safenern und Synergisten sowie in der Formulierungsart identisch ist,
- es hinsichtlich der Beistoffe und der Größe, des Materials oder der Form der Verpackung identisch oder gleichwertig ist.

Die Genehmigung für den Parallelhandel ist für die Dauer der Zulassung des Referenzmittels gültig. Es darf nur nach den Bestimmungen der Zulassung für das Referenzmittel in Verkehr gebracht und verwendet werden.

VERTRIEBSERWEITERUNGEN

Eine Vertriebsweiterung kann nur vom Zulassungsinhaber für das Inverkehrbringen eines zugelassenen Pflanzenschutzmittels unter einer anderen Bezeichnung durch einen weiteren Vertriebspartner beantragt werden.

ZULASSUNG VON NÜTZLINGEN

In Österreich ist das Inverkehrbringen von Nützlingen, die als Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, nur erlaubt, wenn eine Zulassung vorliegt.



¹⁵ Verordnung (EU) Nr. 1107/2009, Art. 52 Abs. 3a

ZULASSUNG FÜR DEN HAUS- UND KLEINGARTENBEREICH

Pflanzenschutzmittel, die im Haus- und Kleingartenbereich verwendet werden, unterliegen besonderen Zulassungsanforderungen.

Diese Produkte dürfen nicht persistent sein und müssen auch sonst unbedenklich für die Umwelt und die Anwender sein. Sie müssen so beschaffen sein, dass sie ohne spezielle Kenntnisse aus dem Bereich des Pflanzenschutzes durch nicht berufliche Verwender sicher verwendet werden können. Die Packungsgrößen sind auf die Anwendung im Haus- und Kleingartenbereich abzustellen und auf eine maximale Einsatzfläche von 500 m² zu beschränken.

NOTFALLZULASSUNGEN

Ein Mitgliedstaat kann unter bestimmten Umständen für eine Dauer von höchstens 120 Tagen das Inverkehrbringen eines Pflanzenschutzmittels für eine begrenzte und kontrollierte Verwendung zulassen, sofern sich eine solche Maßnahme angesichts einer anders nicht abzuwehrenden Gefahr als notwendig erweist.

LÜCKENINDIKATIONEN

Für bereits zugelassene Pflanzenschutzmittel besteht die Möglichkeit, dass die Ausweitung des Geltungsbereiches von Zulassungen auf geringfügige Verwendungen durch den Zulassungsinhaber, mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten befasste amtliche oder wissenschaftliche Stellen, landwirtschaftliche Berufsorganisationen oder berufliche Verwender beantragt werden kann.

ZULASSUNGSVERFAHREN FÜR ZUSATZSTOFFE

Bei Zusatzstoffen handelt es sich um Netzmittel oder ähnliche Produkte, die Pflanzenschutzmitteln bei der Anwendung zugesetzt werden und die deren Wirksamkeit erhöhen können. Für Zusatzstoffe sieht die Verordnung (EU) Nr. 1107/2009 eine Zulassungspflicht vor, die Einzelheiten zu diesem Verfahren sind noch nicht festgelegt. Die Zulassungen sollen aber von den Mitgliedstaaten erteilt werden.

Ein genauer Zeitpunkt, wann die Zulassungspflicht für Zusatzstoffe in Kraft treten wird, kann (noch) nicht genannt werden. Derzeit sind Zusatzstoffe in Österreich deshalb noch ohne Zulassung verkäuflich.

EINSTUFUNG, VERPACKUNG UND KENNZEICHNUNG VON PFLANZENSCHUTZMITTELN

Pflanzenschutzmittel müssen grundsätzlich gemäß den Bestimmungen des Artikel 65 der Verordnung (EU) Nr. 1107/2009 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 547/2011, welche hinsichtlich der Kennzeichnungsanforderungen für Pflanzenschutzmittel erlassen wurde, sowie gemäß den Bestimmungen der österreichischen Pflanzenschutzmittelverordnung 2011 gekennzeichnet werden. In den einzelnen Zulassungsverfahren werden die Einstufung und Kennzeichnung sowie weitere Bedingungen und Auflagen für die Kennzeichnung vorgeschrieben. Wie bei anderen Chemikalien sind für die Einstufung und Kennzeichnung von Pflanzenschutzmitteln die Bestimmungen der CLP-Verordnung¹⁶ zu berücksichtigen.

16 Verordnung (EG) Nr.1272/2008 vom 16.Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006

UMSTELLUNG DER REGELN FÜR DIE EINSTUFUNG UND KENNZEICHNUNG IN DER EU ENDET MIT 1. JUNI 2015!

Achtung – auch die chemikalienrechtliche Einstufung und Kennzeichnung ist Bestandteil des Zulassungsbescheides eines Pflanzenschutzmittels! Sofern die CLP-Kennzeichnung noch nicht Bestandteil des Zulassungsbescheides ist und Pflanzenschutzmittel noch nach „altem“ Recht mit orange-schwarzen Piktogrammen, R- und S-Sätzen gekennzeichnet sind, ist die Änderung bei der Zulassungsbehörde zu beantragen!

Mehr Informationen zur CLP-Verordnung finden Sie im Leitfaden der Wirtschaftskammer „Das GHS-System in der Praxis“ auf www.wko.at/reach.

Auf dem Etikett der Verpackung eines Pflanzenschutzmittels dürfen auf keinen Fall Angaben wie „ungiftig“ oder „nicht gesundheitsschädlich“ bzw. ähnliche Angaben erscheinen. Die Kennzeichnung muss allgemein verständlich, in deutscher Sprache, deutlich sicht- und lesbar sowie dauerhaft angebracht sein.

SICHERHEITSDATENBLATT FÜR PFLANZENSCHUTZMITTEL



Sicherheitsdatenblätter müssen – wie auch für andere Chemikalien – auch für Pflanzenschutzmittel erstellt werden. Die Inhalte müssen der REACH-Verordnung¹⁷ entsprechen. In Österreich müssen auch die Bestimmungen des Chemikaliengesetzes¹⁸ berücksichtigt werden.

Für Pflanzenschutzmittel, die in Österreich am Markt bereitgestellt werden, müssen die Sicherheitsdatenblätter in deutscher Sprache verfasst sein.

Mehr Informationen zu Regelungen rund um das Sicherheitsdatenblatt finden Sie im Leitfaden der Wirtschaftskammern „Das Sicherheitsdatenblatt“ auf www.wko.at/reach.

REGISTRIERUNGSPFLICHT NACH DER REACH-VERORDNUNG

Wirkstoffe, die ausschließlich in Pflanzenschutzmitteln verwendet werden, gelten nach der REACH-Verordnung als registriert¹⁹. Voraussetzung ist, dass diese den Regelungen des Pflanzenschutzmittelrechts entsprechen, d.h. entsprechend genehmigt sind. Vergleichbares gilt auch für Formulierungshilfsstoffe.

Verwendungen, die nicht vom Pflanzenschutzmittelrecht erfasst sind, müssen nach der REACH-Verordnung registriert werden, sofern keine andere Ausnahme gilt. Es gilt auch zu beachten, dass alle anderen Stoffe in Pflanzenschutzmitteln grundsätzlich registriert werden müssen.

Mehr Informationen rund um die Regelungen der REACH-Verordnung finden Sie in zahlreichen Leitfäden und im Newsletter der Wirtschaftskammer Österreich auf www.wko.at/reach.

¹⁷ Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)

¹⁸ Chemikaliengesetz 1996 (BGBl. Nr. 53/197), idgF

¹⁹ REACH-Verordnung, Artikel 15 Abs. 2



ÜBERSICHT VON RECHTSVORSCHRIFTEN FÜR PFLANZENSCHUTZMITTEL

ÖSTERREICHISCHES RECHT

- Bundesgesetz über den Verkehr mit Pflanzenschutzmitteln und über Grundsätze für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittelgesetz 2011), BGBl. I Nr. 10/2011 vom 25.2.2011, idgF
- Pflanzenschutzmittelverordnung 2011, BGBl. II Nr. 233/2011 vom 25.7.2011, idgF
- Gebührentarif des Bundesamtes für Ernährungssicherheit (BAES) für Tätigkeiten nach dem Pflanzenschutzmittelgesetz
- Kontrollgebührentarif 2014 gemäß DMG 1994, FMG 1999, PMG 2011, SaatG 1997, VNG 2007 und MOG 2007 – KGT 2014

Aktuelle österreichische Rechtstexte finden Sie am einfachsten im Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes unter www.ris.bka.gv.at sowie Gebührentarife zum Pflanzenschutzmittelgesetz unter www.baes.gv.at.

EU-RECHT

- Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates
- Richtlinie 128/2009/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden
- Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Liste zugelassener Wirkstoffe
- Verordnung (EU) Nr. 545/2011 der Kommission vom 10. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Datenanforderungen für Pflanzenschutzmittel
- Verordnung (EU) Nr. 544/2011 der Kommission vom 10. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Datenanforderungen für Wirkstoffe
- Verordnung (EU) Nr. 546/2011 der Kommission vom 10. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einheitlicher Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln
- Verordnung (EU) Nr. 547/2011 der Kommission vom 8. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Kennzeichnungsanforderungen für Pflanzenschutzmittel
- Diverse Aufnahme-Richtlinie und Durchführungsverordnungen zur Genehmigung von Wirkstoffen und Erneuerungsverfahren für Wirkstoffe.

Aktuelle Europäische Rechtstexte finden Sie am einfachsten im Rechtsinformationssystem EUR-Lex unter www.eur-lex.eu.

NÜTZLICHE LINKS

Unterstützung innerhalb der Wirtschaftskammer finden Sie

- **in Ihrer Landeskammer sowie**
- **bei Ihrem Fachverband.**

Sie finden uns hier: www.wko.at/chemie

■ **Zuständige Behörde**

Bundesamt für Ernährungssicherheit

p.A. Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH

Spargelfeldstraße 191, A-1220 Wien

<http://www.baes.gv.at/>, <http://www.ages.at/>

Fachbereich Pflanzenschutzmittel

E-Mail: pflanzenschutzmittel@baes.gv.at, Tel.: 05 0555-33405

■ **Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft:**

<http://www.bmlfuw.gv.at/>

■ **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit:** <http://www.efsa.europa.eu/de/>

■ **Landwirtschaftskammer Österreich:** <http://www.lko.at/>

■ **Rechtsinformationssystem EU:** www.eur-lex.eu

■ **Rechtsinformationssystem Österreich:** www.ris.bka.gv.at

■ **Wirtschaftsförderungsinstitut (WIFI) der Wirtschaftskammer Österreich:**

<http://www.wifi.at>



Arznei-Drogerie-Parfümerie-Chemikalien-Farben



Chemische Gewerbe - Gebäudereiniger



CHEMISCHE INDUSTRIE

Dieser Folder wurde unter besonderer Mitwirkung

- des Bundesgremiums des Handels mit Arzneimitteln, Drogerie- und Parfümeriewaren sowie Chemikalien und Farben,
- der Bundesinnung der chemischen Gewerbe und der Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger sowie
- dem Fachverband Chemische Industrie erstellt.



Mit freundlicher Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich

Für den Inhalt verantwortlich: DI Dr. Marko Sušnik; Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik,
1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63; T +43 (0)5 90 900-4393, E marko.susnik@wko.at

Grafik: design.ag, www.design.ag; Druck: GRASL Druck & Neue Medien GmbH; 3. Auflage (Stand: Jänner 2018)